



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/249 - 27.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Schillernde FDP in Nordrhein-Westfalen	S. 1
Jun - politisierender Marschall	S. 3
Formentwicklung deutscher Industrie- und Handelsgüter	S. 5
Vergebliche Abschwächungsversuche	S. 6

Von der Partei zur Bewegung ?

Von unserem r.w.-Mitarbeiter

Die nordrhein-westfälische FDP wirkt als Rufer im Kampf um die Rechtsorientierung der FDP des Bundesgebietes. Im Vordergrund dieses Wirkens, das durch die Düsseldorfer Wochenzeitung "Die deutsche Zukunft" am schärfsten profiliert wird, steht nach außen hin der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Friedrich Mittelhaue. Ist er aber tatsächlich der Mann, der in Nordrhein-Westfalen die Fäden seiner Politik fest in den Händen hält ?

Mittelhaue ist ein ausgesprochen schlechter Redner, bewegt sich in wenig ausgeprägten politischen Vorstellungen und läßt zu politischen Entscheidungen gerne andere sprechen (das sind im Landtag von Nordrhein-Westfalen oft die als Gastabgeordnete geführten Leute der nationalen Rechten wie der frühere Sekretär Hugenbergs, Lothar Steuer, der Wuppertaler Abgeordnete Piepenbrink, der Agrarfachmann Hans von Rohr). Reicht sein Gewicht aus, um den Vorstoß der nordrhein-westfälischen FDP zu erklären, eine "Sammlung aller nationalen Kräfte" zu bilden ? Reicht es z.B. als Erklärung dafür aus, daß der frühere Rundfunkkommentator Hans Fritsche die Formulierung des "Deutschen Programms" übernahm, wie man übereinstimmend immer wieder erfährt ?

In Wirklichkeit treibt eine kleine Gruppe von Leuten, die vor 1945 den jüngeren Kreisen des Nationalsozialismus zugehörte, den Politiker Dr. Mittelhaue an, den Rahmen der FDP zu sprengen,

und eine neue Partei anderer Art, eine Bewegung, eine Sammlung, ins Leben zu rufen. Niemand hat bisher auch nur andeutungsweise gesagt, ob die Statuten einer solchen Sammlungsbewegung einen auch nur entfernt demokratischen Charakter haben sollen. Das ist eine Tatsache, die ausserordentlich skeptisch stimmen muß. Solange eine Partei einen demokratischen Charakter besitzt, sich ihren Mitgliedern stellt in voller Front ihrer Führungskräfte, ist sie auch gezwungen, ihre Karten offen auf den Tisch zu legen, zu sagen, was sie eigentlich will. Alle Bewegungen aber machen genaue Unterschiede zwischen "Programmen" zur Gewinnung von Anhängern, und ihrer eigentlichen Politik, die aus dem Hintergrund gesteuert wird.

Allen näheren Beobachtungen zufolge liegt bei der FDP - vielleicht weniger in ihrer Ausdrucksform als Fraktion im nordrheinisch-westfälischen Landtag, als vielmehr in den politischen Entscheidungen der Partei selbst - bereits heute eine solche Steuerung aus dem Hintergrund vor. Es spielen in den Entscheidungen dieser Partei Männer mit, die man in der Öffentlichkeit nicht kennt und nicht nennt, die aber allem Anschein nach mehr zu sagen haben als diejenigen, die man kennt. Noch nie war von Hans Fritsche öffentlich die Rede, aber auf alle Pressehinweise hin, daß er der Verfasser des "Deutschen Programmos" sei, ist noch nie mit Nachdruck reagiert worden, obwohl Dementis auch diesen Leuten nicht weniger schwer fallen würden als anderen. Wahrscheinlich hat man es sogar nicht ungern, daß der famose Herr Fritsche am Rande mit genannt wird.

Alle anderen, die zu der Gruppe um den Herrn Dr. Middelhaue gehören, haben weniger klingende Namen. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob sie früher einmal Gebietsführer der HJ oder Dienstgrade der SS waren - bedenklich bleibt die Tatsache, daß hier etwas geschieht und vorangebracht werden soll, das nicht mehr im demokratischen Raum von Mitglieder- und Delegiertenentscheidungen, sondern in Form von einer Art Geheimgesellschaft behandelt wird. Da in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1950 zu den Landtagswahlen immerhin 12 Prozent der Wähler ihre Stimmen der FDP gaben, kann es nicht gleichgültig sein, ob sie damit noch eine demokratische Partei - einerlei welcher Richtung - sondern eine "Bewegung" unterstützten. Diese Frage hat die FDP einmal genau so zu beantworten, wie die nicht weniger wichtige, wer ihr die Mittel zur Verfügung stellt, ihre Geheimelite und Geheimführung zu unterhalten.

Marschall Juin - eine umstrittene Persönlichkeit

E.S.-Paris, Ende Oktober

In Frankreich hegt man das größte Mißtrauen gegen Marschälle, die allzu häufig das Wort ergreifen, um zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, die nicht in ihrem Kompetenzbereich liegen. Die Tatsache, daß Marschall Juin kürzlich erklärte, die "natürliche Verteidigungslinie der westlichen Welt" liege "an den Pyrenäen", hat nicht nur in der britischen Presse Bestürzung und sogar Empörung hervorgerufen. Die einen werfen ihm "Schwatzsucht", die anderen sogar "Indiskretion" vor, was auf die Absichten des NATO-Generalstabs, dem Juin angehört, einige Schlüsse zuläßt ...

Doch sind die Angriffe, die in Frankreich gegen Marschall Juin gerichtet werden, anderer Natur. In Linkskreisen wurde zunächst seine Ernennung zum Marschall mit äußerstem Mißbehagen aufgenommen. Man empfand es als ein starkes Stück, daß ein Mann, der aus seinen Sympathien für das Regime Petains kein Hehl gemacht hatte und sich erst sehr spät - als es nicht mehr anders ging - de Gaulle anschloß, die höchste militärische Würde verliehen bekam. Doch wußte man, daß Frankreich aus "Prestige Gründen" keinen Soldaten in die NATO entsenden konnte, der einen geringeren Grad als Marschall Montgomery besaß.

Bevor ihm in der NATO ein europäisches Kommando übertragen wurde, hatte sich Juin in Marokko als französischer Generalresident durch Reden, aber auch durch Taten ausgezeichnet. Ihm ist es im wesentlichen zu verdanken, daß sich der Sultan von Marokko mit Unterstützung der nationalistischen Bewegung des "Istiqlal" entschloß, die marokkanischen Differenzen mit Frankreich vor der UNO auszutragen.

Marschall Juin hatte als Generalresident der französischen Besetzung eine Leistung vollbracht, um die ihn sogar der französische Generalresident in Tunesien beneiden könnte: Er erwies sich den nationalen Forderungen der marokkanischen Bevölkerung gegenüber als noch störrischer als die französischen Siedler, die sich beharrlich weigern, auch nur die geringste soziale und politische Reform im

französischen Protektorat zuzulassen.

Die Marokkaner atmeten auf, als Juin durch General Guillaume ersetzt wurde. Sie konnten allerdings nicht ahnen, daß dieser Mann, der Rabat nur ungern verließ, von Paris aus weiter die Geschicke der marokkanischen Bevölkerung bestimmen würde: In der Tat tut die Regierung Pinay in marokkanischen Fragen keinen Schritt, ohne Juin zu konsultieren, der sich sogar nicht scheut, seinen Nachfolger, der ihm zu "weich" ist, mitunter öffentlich zu desavouieren ...

Doch der Ehrgeiz Marschall Juins beschränkt sich nicht auf die NATO, der er die Einbeziehung Francos in die atlantische Allianz empfiehlt und auf die marokkanischen Angelegenheiten, in denen er als konsequenter Gegner auch der kleinsten Konzession auftritt. Wiederholt mußte sich die französische Presse - auch die Rechtspresse - mit den ehrgeizigen Ansprüchen eines Mannes befassen, dem die Marschallwürde allem Anschein nach zu Kopf gestiegen ist. Nicht zufällig ist wiederholt gemeldet worden, daß Marschall Juin ausgezeichnete Beziehungen zu General de Gaulle unterhalte, der seinerseits aus seinen guten Beziehungen zu Franco... und seiner Gegnerschaft zu der französischen Regierung kein Hehl macht. Denn Marschall Juin findet, wie General de Gaulle, daß die französische Regierung nicht "energisch" genug sei. Er wirft ihr insbesondere vor, die Kommunistische Partei noch nicht in die Illegalität gesandt zu haben; er beschuldigt die Regierung weiter, "auf die Mitarbeit wertvoller nationaler Kräfte" zu verzichten, womit die gaullistische Bewegung gemeint ist.

Damit nicht genug, äußerte er in einem privaten Kreise, in Frankreich müsse "Ordnung" geschaffen werden, und zwar in dem Sinne, wie General Franco seine bekannte "Ordnung" geschaffen hat. Auch die Gerüchte, wonach Marschall Juin erklärt habe, er fühle sich dazu berufen, eines Tages Präsident der Französischen Republik zu werden, wurden zwar dementiert: Doch wird kaum bestritten, daß der Ehrgeiz des Marschalle Juin ein noch höheres Amt als das anstrebt, das ihm auf militärischem Gebiet zugestanden wurde.

Da der Stern de Gaulles offensichtlich nicht mehr im Zenith steht, hält sich Marschall Juin für alle Fälle bereit. Und bereits spricht die französische Linkspresse von einem "Skandal Juin": Ein Begriff, der durch die Handlungen und Äußerungen dieser umstrittenen Persönlichkeit vollauf gerechtfertigt ist.

Formentwicklung deutscher Industrie- und Handwerksüter

Von Arno Hennig, M.d.B.

Kürzlich wurde der ehrenamtliche Rat für Formgebung durch den Wirtschaftsminister berufen, wie ihn vor eineinhalb Jahren ein Antrag der SPD im Bundestag gefordert hatte. Er besteht aus vorerst 31 Mitgliedern und setzt sich antragsgemäß zusammen aus Gestaltern (Künstlern und Kunstgewerblern), Produzenten, Verbrauchern, Erziehern und Publizisten.

Der Rat hat das Rechtsstatut einer Stiftung. Ein Verein von Förderern wird sich noch bilden. Der Rat wird seinen Präsidenten in der nächsten Sitzung wählen. Ein engerer Ausschuß bereitet die Wahl vor.

Die Institution ist entstanden aus dem Bedürfnis, die am Anfang des Jahrhunderts in Deutschland so furchtbar gewordenen Bestrebungen des Werkbundes, des Dürerbundes, des Bauhauses Dessau wieder aufzunehmen und zeitgemäß fortzusetzen. Das Nazireich hat diese Kräfte erstickt und vertrieben. Sie haben im Ausland eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, und nicht zuletzt deswegen ist die deutsche Gebrauchsgüterindustrie, soweit die Formentwicklung in Frage kommt, stark ins Hintertreffen geraten. Auf den großen Industriemessen 1949 und 1950 zeigte sich eine klare Überlegenheit des Auslandes trotz der sonstigen Qualitäten der deutschen Erzeugnisse.

Der Rat will nicht repräsentieren, sondern Rat geben denen, die ihn brauchen und suchen. Das Ziel ist, kurz gesagt, die Wertware. Das Erzeugnis muß in sich vereinen: Solides Material, auf beste entwickelte Gebrauchsfähigkeit, Dauerhaftigkeit, gute, seelenvolle Form und auch angemessener Preis durch Serienanfertigung vieler Güter, die bisher nur in kunstgewerblicher Einzelanfertigung zu haben waren.

Der Rat für Formgebung wird gute Beispiele hinstellen haben, nicht nur auf Messen und Ausstellungen, sondern auch im Verkaufsraum und in der Musterkollektion des Geschäftsreisenden. Er ist sich klar, daß es sich um eine große Erziehungsaufgabe in Schule,

Presse, Film und Rundfunk handelt. Seine dringlichste Aufgabe wird darin bestehen, einen Stab von Gestaltern heranzubilden, dessen sich die Industrie zu ihrem Vorteil bedienen kann.

Das Volk soll sich wohlfühlen in seinen Gebrauchsgütern. Und damit wird sich auch das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit und zum Ergebnis seiner Arbeit vertiefen, vielleicht die wirksamste Waffe gegen Nihilismus und Kollektivvergottung !

Der Bundespräsident bekundete seinen warmen Anteil an der neuen Gründung durch einen Abendempfang und verschwieg nicht, daß er in der Berufung des Rates die Erfüllung eines alten Herzenswunsches erblicke.

+ + +

Technischer Dienst und BDJ - eine Organisation

(sp) In der Partisanen-Debatte des Bundestages machte Bundesinnenminister Dr. Lehr den - übrigens vergeblichen Versuch - den Technischen Dienst des BDJ vom BDJ als Ganzem zu trennen. Das Bemühen des Herrn Bundesinnenministers wirkte verständlich, mußte er doch selbst zugeben, daß der BDJ von Regierungsseite Unterstützungen in Höhe von etwa 20000,- M erhalten hatte.

Kann der Bundesinnenminister auch jetzt noch seine Behauptung von der Wesensverschiedenheit beider Organisationen aufrecht erhalten ? Unter den Dokumenten, die Ministerpräsident Zinn bei seiner Erklärung erwähnt hat, befindet sich auch eine mehrfach als "streng vertraulich" gekennzeichnete Denkschrift, die als Ergänzung des Buches "Bürger und Partisan" bezeichnet wird und als Unterlage für die "Schulungsarbeit" in Waldmichelbach und vielleicht auch in Lauffach gedient hat. Nach einigen Ausführungen über die Entwicklung der weltpolitischen Situation, wie sie der BDJ sieht, ist dort wörtlich zu lesen:

"Damit sind die grundsätzlichen Einsichten umrissen, die erarbeitet wurden, ehe zur Debatte stand, ob unsere Bewegung sich öffentlich organisieren soll oder nicht. Als es geschah, wurde die künftige Arbeit unter zwei Punkten zusammengefaßt..."

Nach der Aufzählung der zwei Punkte für die öffentliche Arbeit des BDJ heißt es dann weiter:

"Damit ist gesagt, daß der öffentlichen politischen Arbeit eine zweite Seite entspricht, die aus Gründen der Sicherung (um den Gegner nicht zu früh auf Dinge aufmerksam zu machen, die er nicht vermutet), der Öffentlichkeit entzogen werden muß. Diese zweite Seite unterscheidet sich von der ersten dadurch, daß sie nicht bei den psychologischen, also rein geistigen Mitteln stehen bleibt, sondern auch die rein technischen Mittel der Abwehr des Bolschewismus einbezieht. Da die erste Seite die zweite stützt, für den "Fall X", wurde sie als "Technischer Dienst" (TD) bezeichnet".

Der Verfasser dieser Offenbarungen ist der gleiche Paul Lüth, der bis vor kurzem noch Vorsitzender des BDJ war und in dieser Eigenschaft um die Gunst von Regierungsstellen buhlte. Sie wurde ihm in Gestalt einer handfesten Dotation von allein 10000,- M für das Pfingsttreffen in Frankfurt gewährt. Das Bundesinnenministerium und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen haben, um es sehr gelinde zu sagen, sehr leichtfertig gehandelt, als sie den BDJ mit diesen Beträgen unterstützten. Im Geschäftsleben ist es üblich, daß man sich den Partner und seine Firma genau ansieht, ehe man ihn für vertrauenswürdig erklärt. Der BDJ hat zwei Gesichter und beide sind nicht voneinander zu trennen.

Dürfen wir nun fragen, wer noch Zweifel an der Zusammengehörigkeit zwischen Technischem Dienst und BDJ hat ?

+ + +

Druck auf ostzonale Ärzte

(sp) Die Dresdener Ärzte sind von den zuständigen Stellen im neuen Bezirksrat aufgefordert worden, die Krankenziffern radikal herunterzudrücken. Die Arbeitsbehörden haben kritisiert, daß die Arbeitsunfähigkeitsquote eine Höhe von sieben Prozent erreicht hat. In normalen Zeiten habe diese Quote nicht mehr als zwei bis drei Prozent betragen. Durch den nunmehr ausgeübten Zwang auf die Ärzte, nur noch in schweren Krankheitsfällen die Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit zu erteilen, soll die Quote auf dreieinhalb Prozent gesenkt werden. Die sich für diese Aktion zur Verfügung stellenden Ärzte sollen als "Vertrauensärzte" eine zusätzliche Auslösung von 80,- M , sowie weitere zusätzliche Spesen von 20,- M täglich erhalten. Die Mehrzahl der Ärzte weigert sich mitzumachen. Sie erklärt den Gesundheitsbehörden offen, daß eine Besserung nur durch eine Verbesserung der Versorgung und des Lebensstandards zu erreichen sei.

Verantwortlich: Peter Raunau